

15. 01. 88

AS – K – R

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen Nr. 53
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Oktober 1936
über das Mindestmaß beruflicher Befähigung der Schiffsführer
und Schiffsoffiziere auf Handelsschiffen**

A. Zielsetzung

Das Übereinkommen macht den Einsatz als Kapitän oder Wachoffizier des Deck- und Maschinendienstes auf Handelsschiffen vom Besitz staatlicher Befähigungszeugnisse abhängig und verpflichtet dazu, in der innerstaatlichen Gesetzgebung das Mindestmaß der dafür erforderlichen beruflichen Befähigung festzulegen.

B. Lösung

Da sich das Übereinkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht, bedarf es gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Vertragsgesetzes.

Die in dem Übereinkommen geforderten Voraussetzungen zum Erwerb von Befähigungszeugnissen für Kapitäne oder Wachoffiziere des Deck- und Maschinendienstes auf Handelsschiffen entsprechen dem einschlägigen innerstaatlichen Recht. Die Regeln, die danach für die Besetzung deutscher Handelsschiffe und die Befähigungszeugnisse ihrer Kapitäne sowie ihrer nautischen und technischen Schiffsoffiziere gelten, bleiben in keinem Punkt hinter den Vorschriften des Übereinkommens zurück, sondern gehen teilweise darüber hinaus, wie z. B. in den Anforderungen an die Ausbildung oder auch dadurch, daß eine längere Berufserfahrung für den Erwerb der Befähigungszeugnisse verlangt wird. Die nach dem Übereinkommen vorgeschriebenen Strafen oder Dienststrafmaßnahmen, die bisher eine Ratifizierung des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland

Fristablauf: 26. 02. 88

nicht zuließen, weil strittig war, ob das innerstaatliche Recht derartige Strafsanktionen vorsah, sind nunmehr im Seemannsgesetz und in der Schiffsbesetzungsverordnung sowie durch Vorschriften des Allgemeinen Strafrechts umgesetzt.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

15. 01. 88

AS – K – R

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen Nr. 53
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Oktober 1936
über das Mindestmaß beruflicher Befähigung der Schiffsführer
und Schiffsoffiziere auf Handelsschiffen**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (311) – 806 04 – In 53/88

Bonn, den 15. Januar 1988

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen Nr. 53 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Oktober 1936 über das Mindestmaß beruflicher Befähigung der Schiffsführer und Schiffsoffiziere auf Handelsschiffen

mit Begründung und Vorblatt.

Der englische und französische Wortlaut des Übereinkommens mit deutscher Übersetzung und eine Denkschrift zu dem Übereinkommen sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Kohl

Fristablauf: 26. 02. 88

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen Nr. 53
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Oktober 1936
über das Mindestmaß beruflicher Befähigung der Schiffsführer
und Schiffsoffiziere auf Handelsschiffen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Genf am 24. Oktober 1936 von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation angenommenen Übereinkommen über das Mindestmaß beruflicher Befähigung der Schiffsführer und Schiffsoffiziere auf Handelsschiffen wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 9 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch Artikel 5 Abs. 1 des Übereinkommens das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 9 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da zur Ausführung dieses Gesetzes eine Änderung des innerstaatlichen Rechts nicht erforderlich ist.

Übereinkommen 53

Übereinkommen über das Mindestmaß beruflicher Befähigung der Schiffsführer und Schiffsoffiziere auf Handelsschiffen

Convention 53

Convention concerning the minimum requirement of professional capacity for masters and officers on board merchant ships

Convention 53

Convention concernant le minimum de capacité professionnelle des capitaines et officiers de la marine marchande

(Übersetzung)

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Twenty-first Session on 6 October 1936, and

Having decided upon the adoption of certain proposals with regard to the establishment by each maritime country of a minimum requirement of professional capacity in the case of captain, navigating and engineer officers in charge of watches on board merchant ships, which is the fourth item on the agenda of the Session, and

Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,

adopts this twenty-fourth day of October of the year one thousand nine hundred and thirty-six the following Convention, which may be cited as the Officers' Competency Certificates Convention, 1936:

Article 1

1. This Convention applies to all vessels registered in a territory for which this Convention is in force and engaged in maritime navigation with the exception of -

- (a) ships of war;
- (b) Government vessels, or vessels in the service of a public authority, which are not engaged in trade;
- (c) wooden ships of primitive build such as dhows and junks.

2. National laws or regulations may grant exceptions or exemptions in respect of vessels of less than 200 tons gross registered tonnage.

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 6 octobre 1936 en sa vingt et unième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives à l'institution par chacun des pays maritimes d'un minimum de capacité professionnelle exigible des capitaines, officiers de pont et officiers mécaniciens remplissant les fonctions de chef de quart à bord des navires marchands, question qui constitue le quatrième point à l'ordre du jour de la session,

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,

adopte, ce vingt-quatrième jour d'octobre mil neuf cent trente-six, la convention ci-après qui sera dénommée Convention sur les brevets de capacité des officiers, 1936:

Article 1

1. La présente convention s'applique à tout navire immatriculé dans un territoire à l'égard duquel ladite convention est en vigueur et effectuant une navigation maritime, à l'exception:

- a) des navires de guerre;
- b) des navires d'Etat et des navires au service d'une administration publique, qui n'ont pas une affectation commerciale;
- c) des navires en bois de construction primitive tels que «dhows» et jonques.

2. La législation nationale peut accorder des dérogations totales ou partielles pour les navires d'une jauge brute inférieure à 200 tonneaux.

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 6. Oktober 1936 zu ihrer einundzwanzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend die Vorschriften, die jedes schiffahrtreibende Land aufzustellen hätte über das Mindestmaß beruflicher Befähigung der Schiffsführer, der Wachoffiziere des Deckdienstes und der wachhabenden Schiffssingenieure auf Handelsschiffen, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 24. Oktober 1936, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Befähigungsausweise der Schiffsoffiziere, 1936, bezeichnet wird.

Artikel 1

1. Dieses Übereinkommen gilt für alle eingetragenen und der Seeschifffahrt dienenden Schiffe eines Gebietes, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist. Ausgenommen bleiben

- a) Kriegsschiffe,
- b) staatliche Schiffe und solche im Dienste von Behörden, die nicht der Handelschifffahrt dienen,
- c) einfache Holzfahrzeuge, wie „Dhows“ und Dschunken.

2. Die innerstaatliche Gesetzgebung kann für Schiffe mit weniger als 200 Tonnen Bruttoreaumgehalt vollständige oder teilweise Ausnahmen zulassen.

Article 2

For the purpose of this Convention the following expressions have the meanings hereby assigned to them:

- (a) "master or skipper" means any person having command or charge of a vessel;
- (b) "navigating officer in charge of a watch" means any person, other than a pilot, who is for the time being actually in charge of the navigation or manoeuvring of a vessel;
- (c) "chief engineer" means any person permanently responsible for the mechanical propulsion of a vessel;
- (d) "engineer officer in charge of a watch" means any person who is for the time being actually in charge of the running of a vessel's engines.

Article 3

1. No person shall be engaged to perform or shall perform on board any vessel to which this Convention applies the duties of master or skipper, navigating officer in charge of a watch, chief engineer, or engineer officer in charge of a watch, unless he holds a certificate of competency to perform such duties, issued or approved by the public authority of the territory where the vessel is registered.

2. Exceptions to the provisions of this Article may be made only in cases of force majeure.

Article 4

1. No person shall be granted a certificate of competency unless –

- (a) he has reached the minimum age prescribed for the issue of the certificate in question;
- (b) his professional experience has been of the minimum duration prescribed for the issue of the certificate in question; and
- (c) he has passed the examinations organised and supervised by the competent authority for the purpose of testing whether he possesses the qualifications necessary for performing the duties corresponding to the certificate for which he is a candidate.

2. National laws or regulations shall –

- (a) prescribe a minimum age to have been attained by and a minimum period of professional experience to have been completed by candidates for each grade of competency certificate;

Article 2

Pour l'application de la présente convention, les termes suivants doivent être entendus comme suit:

- a) «capitaine ou patron» signifie toute personne chargée du commandement d'un navire;
- b) «officier de pont chef de quart» signifie toute personne à l'exception des pilotes, qui est effectivement chargée de la navigation ou de la manoeuvre d'un navire;
- c) «chef mécanicien» signifie toute personne ayant la direction permanente du service assurant la propulsion mécanique d'un navire;
- d) «officier mécanicien chef de quart» signifie toute personne qui est effectivement chargée de la conduite des machines de propulsion d'un navire.

Article 3

1. Nul ne peut exercer ou être engagé pour exercer à bord d'un navire auquel s'applique la présente convention les fonctions de capitaine ou patron, d'officier de pont chef de quart, de chef mécanicien et d'officier mécanicien chef de quart sans être titulaire d'un brevet, constatant sa capacité d'exercer ces fonctions, délivré ou approuvé par l'autorité publique du territoire où le navire est immatriculé.

2. Il ne peut être dérogé aux dispositions du présent article qu'en cas de force majeure.

Article 4

1. Nul ne doit recevoir un brevet de capacité:

- a) s'il n'a atteint l'âge minimum exigé pour la délivrance de ce brevet;
- b) si son expérience professionnelle n'a eu la durée minimum exigée pour la délivrance de ce brevet;
- c) s'il n'a subi avec succès les examens organisés et contrôlés par l'autorité compétente en vue de constater s'il possède l'aptitude nécessaire pour exercer les fonctions correspondant au brevet auquel il est candidat.

2. La législation nationale doit:

- a) fixer l'âge minimum et l'expérience professionnelle à exiger des candidats à chaque catégorie de brevets de capacité;

Artikel 2

Im Sinne dieses Übereinkommens gelten als

- a) „Schiffsführer oder Schiffer“ jede Person, der die Befehlsgewalt über ein Schiff übertragen ist,
- b) „Wachoffizier des Deckdienstes“ jede Person, mit Ausnahme der Lotsen, der tatsächlich die Leitung, die Navigation oder die Steuerung eines Schiffes übertragen ist,
- c) „leitender Schiffingenieur“ jede Person, der die ständige Leitung des Dienstes für die Antriebsmaschinen eines Schiffes übertragen ist,
- d) „wachhabender Schiffingenieur“ jede Person, die tatsächlich mit der Führung der Antriebsmaschinen eines Schiffes betraut ist.

Artikel 3

1. Keine Person darf an Bord eines Schiffes, für das dieses Übereinkommen gilt, die Dienste des Schiffsführers oder Schiffers, eines Wachoffiziers des Deckdienstes, des leitenden Schiffingenieurs oder eines wachhabenden Schiffingenieurs ausüben noch zur Ausübung solcher Dienste eingesetzt werden, wenn sie nicht einen Befähigungsausweis besitzt, aus dem sich ihre Eignung zur Ausübung dieser Dienste ergibt. Dieser Ausweis muß von der zuständigen Stelle des Gebietes ausgestellt oder anerkannt sein, in dem das Schiff eingetragen ist.

2. Von den Bestimmungen dieses Artikels darf nur in Fällen höherer Gewalt abgewichen werden.

Artikel 4

1. Keine Person darf einen Befähigungsausweis erhalten,

- a) wenn sie nicht das Mindestalter erreicht hat, das für die Ausstellung dieses Befähigungsausweises vorgeschrieben ist,
- b) wenn sie nicht eine berufliche Erfahrung von mindestens der Dauer besitzt, wie sie für die Ausstellung dieses Befähigungsausweises vorgeschrieben ist,
- c) wenn sie nicht mit Erfolg die Prüfungen bestanden hat, die von der zuständigen Stelle veranstaltet und beaufsichtigt werden, um festzustellen, ob sie die notwendige Eignung für die Erfüllung der Dienste besitzt, die dem Befähigungsausweis, für den sie Anwärter ist, entsprechen.

2. Die innerstaatliche Gesetzgebung hat

- a) ein Mindestalter und eine Mindestdauer der Berufserfahrung zu bestimmen, die von den Anwärtern auf einen Befähigungsausweis für jede Dienstgruppe zu fordern sind,

(b) provide for the organisation and supervision by the competent authority of one or more examinations for the purpose of testing whether candidates for competency certificates possess the qualifications necessary for performing the duties corresponding to the certificates for which they are candidates.

3. Any Member of the Organisation may, during a period of three years from the date of its ratification, issue competency certificates to persons who have not passed the examinations organised in virtue of paragraph 2 (b) of this Article who –

- (a) have in fact had sufficient practical experience of the duties corresponding to the certificate in question; and
- (b) have no record of any serious technical error against them.

Article 5

1. Each Member which ratifies this Convention shall ensure its due enforcement by an efficient system of inspection.

2. National laws or regulations shall provide for the cases in which the authorities of a Member may detain vessels registered in its territory on account of a breach of the provisions of this Convention.

3. Where the authorities of a Member which has ratified this Convention find a breach of its provisions on a vessel registered in the territory of another Member which has also ratified the Convention, the said authorities shall communicate with the consul of the Member in the territory of which the vessel is registered.

Article 6

1. National laws or regulations shall prescribe penalties or disciplinary measures for cases in which the provisions of this Convention are not respected.

2. In particular, such penalties or disciplinary measures shall be prescribed for cases in which –

- (a) a shipowner, shipowner's agent, master or skipper has engaged a person not certificated as required by this Convention;
- (b) a master or skipper has allowed any of the duties defined in Article 2 of this Convention to be performed by a person not holding the corresponding or a superior certificate;

b) prévoir l'organisation et le contrôle par l'autorité compétente d'un ou de plusieurs examens en vue de constater si les candidats aux brevets de capacité possèdent l'aptitude exigée pour les fonctions correspondant aux brevets auxquels ils sont candidats.

3. Tout Membre de l'Organisation peut, pendant une période de trois ans à partir de la date de sa ratification, délivrer des brevets de capacité aux personnes qui n'ont pas passé les examens organisés en vertu du paragraphe 2 b) du présent article, pourvu:

- a) que ces personnes possèdent en fait une expérience pratique suffisante de la fonction correspondant aux brevets dont il s'agit;
- b) qu'aucune faute technique grave n'ait été relevée contre ces personnes.

Article 5

1. Tout Membre ratifiant la présente convention doit en assurer, par un système d'inspection efficace, l'application effective.

2. La législation nationale doit prévoir les cas dans lesquels les autorités d'un Membre peuvent arrêter tout navire immatriculé dans son territoire en raison d'une infraction aux dispositions de la présente convention.

3. Lorsque les autorités d'un Membre ayant ratifié la présente convention constatent une infraction à ses dispositions sur un navire immatriculé dans le territoire d'un autre Membre ayant également ratifié la convention, ces autorités devront en référer au consul du Membre dans le territoire duquel le navire est immatriculé.

Article 6

1. La législation nationale doit déterminer les sanctions, pénales ou disciplinaires, à appliquer dans les cas où les dispositions de la présente convention ne sont pas respectées.

2. Ces sanctions pénales ou disciplinaires doivent être prévues notamment contre:

- a) l'armateur ou son agent, le capitaine ou le patron engageant une personne non titulaire du brevet exigé par la présente convention;
- b) le capitaine ou le patron laissant exercer l'une de ces fonctions définies à l'article 2 de la présente convention par une personne non titulaire d'un brevet correspondant au moins à cette fonction;

b) die Veranstaltung und Überwachung einer oder mehrerer Prüfungen durch die zuständige Stelle vorzusehen, um festzustellen, ob die Anwärter auf Befähigungsausweise die notwendige Eignung zur Erfüllung der Dienste besitzen, die den beantragten Ausweisen entsprechen.

3. Jedes Mitglied der Organisation kann Personen, die die Prüfungen nach Absatz 2 b) dieses Artikels nicht abgelegt haben, während eines Zeitraumes von drei Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt seiner Ratifikation, Befähigungsausweise ausstellen, vorausgesetzt, daß

- a) diese Personen tatsächlich eine praktische Erfahrung besitzen, die für die Ausübung der dem betreffenden Befähigungsausweis entsprechenden Dienste genügt,
- b) gegen solche Personen kein schwerer technischer Fehler festgestellt worden ist.

Artikel 5

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, hat seine tatsächliche Durchführung durch eine wirksame Aufsicht sicherzustellen.

2. Die innerstaatliche Gesetzgebung bestimmt die Fälle, in denen die Behörden eines Mitglieders jedes Schiff, das in seinem Gebiet eingetragen ist, wegen einer Übertretung der Bestimmungen dieses Übereinkommens zurückhalten können.

3. Falls die Behörden eines Mitglieders, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, eine Übertretung seiner Bestimmungen an Bord eines Schiffes feststellen, welches im Gebiet eines anderen Mitglieders eingetragen ist, das dieses Übereinkommen gleichfalls ratifiziert hat, so haben sie davon den Konsul des Mitglieders in Kenntnis zu setzen, in dessen Gebiet das Schiff eingetragen ist.

Artikel 6

1. Die innerstaatliche Gesetzgebung hat Strafen oder Dienststrafmaßnahmen für die Fälle festzusetzen, in denen die Bestimmungen dieses Übereinkommens nicht eingehalten worden sind.

2. Insbesondere sind solche Strafen oder Dienststrafmaßnahmen vorzusehen gegen

- a) den Reeder oder seinen Vertreter, den Schiffsführer oder den Schiffer, die jemand ohne den in diesem Übereinkommen vorgesehenen Befähigungsausweis in Dienst nehmen,
- b) den Schiffsführer oder Schiffer, der es zuläßt, daß jemand einen der in Artikel 2 dieses Übereinkommens bezeichneten Dienste ausübt, ohne einen Befähigungsausweis zu besitzen, der mindestens dem betreffenden Dienst entspricht,

(c) a person has obtained by fraud or forged documents an engagement to perform any of the duties defined in the said Article 2 without holding the requisite certificate.

c) les personnes obtenant par fraude ou fausses pièces un engagement pour exercer l'une des fonctions définies à l'article 2 de la présente convention sans être titulaires du brevet requis à cet effet.

c) Personen, die in betrügerischer Weise oder durch Gebrauch gefälschter Papiere eine Anstellung erlangen, ohne den entsprechenden Befähigungsausweis zur Ausübung einer der in Artikel 2 dieses Übereinkommens bezeichneten Dienste zu besitzen.

Article 7

1. In respect of the territories referred to in Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation, each Member of the Organisation which ratifies this Convention shall append to its ratification a declaration stating –

- (a) the territories in respect of which it undertakes to apply the provisions of the Convention without modification;
- (b) the territories in respect of which it undertakes to apply the provisions of the Convention subject to modifications, together with details of the said modifications;
- (c) the territories in respect of which the Convention is inapplicable and in such cases the grounds on which it is inapplicable;
- (d) the territories in respect of which it reserves its decision.

2. The undertakings referred to in subparagraphs (a) and (b) of paragraph 1 of this Article shall be deemed to be an integral part of the ratification and shall have the force of ratification.

3. Any Member may by a subsequent declaration cancel in whole or in part any reservations made in its original declaration in virtue of subparagraphs (b), (c) or (d) of paragraph 1 of this Article.

Article 7

1. En ce qui concerne les territoires mentionnés par l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, tout Membre de l'Organisation qui ratifie la présente convention doit accompagner sa ratification d'une déclaration faisant connaître:

- a) les territoires pour lesquels il s'engage à appliquer sans modifications les dispositions de la convention;
- b) les territoires pour lesquels il s'engage à appliquer les dispositions de la convention, avec des modifications, et en quoi consistent lesdites modifications;
- c) les territoires pour lesquels la convention est inapplicable et, dans ces cas, les raisons pour lesquelles elle est inapplicable;
- d) les territoires pour lesquels il réserve sa décision.

2. Les engagements mentionnés aux alinéas a) et b) du premier paragraphe du présent article seront réputés partie intégrante de la ratification et porteront des effets identiques.

3. Tout Membre pourra renoncer par une nouvelle déclaration à tout ou partie des réserves contenues dans sa déclaration antérieure en vertu des alinéas b), c) ou d) du paragraphe premier du présent article.

Artikel 7

1. Für die in Artikel 35 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation genannten Gebiete hat jedes Mitglied der Organisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, der Ratifikation eine Erklärung beizufügen, die die Gebiete bekanntgibt,

- a) in denen es die Bestimmungen dieses Übereinkommens unverändert durchzuführen sich verpflichtet,
- b) in denen es die Bestimmungen dieses Übereinkommens mit Abänderungen durchzuführen sich verpflichtet, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abänderungen,
- c) in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Falle die Gründe dafür,
- d) für die es sich die Entscheidung vorbehält.

2. Die Verpflichtungen nach Absatz 1 a) und b) dieses Artikels gelten als Bestandteil der Ratifikation und sind in gleicher Weise verbindlich.

3. Jedes Mitglied kann die Vorbehalte, die es in seiner früheren Erklärung nach Absatz 1 b), c) oder d) dieses Artikels gemacht hat, durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.

Article 8

The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

Article 8

Les ratifications officielles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

Artikel 8

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Article 9

1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

Article 9

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

Artikel 9

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes andere Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Article 10

As soon as the ratifications of two Members of the International Labour Organisation have been registered, the Director-General of the International Labour Office shall so notify all the Members of the Inter-

Article 10

Aussitôt que les ratifications de deux Membres de l'Organisation internationale du Travail auront été enregistrées, le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera ce fait à tous les Membres de

Artikel 10

Sobald die Ratifikationen zweier Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation eingetragen sind, teilt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes dies sämtlichen Mitgliedern der Internationalen

national Labour Organisation. He shall likewise notify them of the registration of ratifications which may be communicated subsequently by other Members of the Organisation.

Article 11

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

Article 12

At the expiration of each period of ten years after the coming into force of this Convention, the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall consider the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

Article 13

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides,

- (a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall *ipso jure* involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 11 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;
- (b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

Article 14

The French and English texts of this Convention shall both be authentic.

l'Organisation internationale du Travail. Il leur notifiera également l'enregistrement des ratifications qui lui seront ultérieurement communiquées par tous autres Membres de l'Organisation.

Article 11

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur générale du Bureau International du Travail, et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour une nouvelle période de dix années, et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

Article 12

A l'expiration de chaque période de dix années à compter de l'entrée en vigueur de la présente convention, le Conseil d'administration du Bureau International du Travail devra présenter à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa révision totale ou partielle.

Article 13

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant révision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

- a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant révision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 11 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant révision soit entrée en vigueur;
- b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant révision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant révision.

Article 14

Les textes français et anglais de la présente convention feront foi l'un et l'autre.

Arbeitsorganisation mit. Auch gibt er ihnen Kenntnis von der Eintragung der Ratifikationen, die ihm später von anderen Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

Artikel 11

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum ersten Mal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 12

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 13

1. Nimmt die Allgemeine Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 11, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 14

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

Denkschrift zu dem Übereinkommen Nr. 53

I.

Das Übereinkommen macht den Einsatz als Kapitän oder Wachoffizier des Deck- und Maschinendienstes auf Handelsschiffen vom Besitz staatlicher Befähigungszeugnisse abhängig und verpflichtet dazu, in der Gesetzgebung das Mindestmaß der dafür erforderlichen beruflichen Befähigung festzulegen.

Das Übereinkommen gilt für alle in das Schiffsregister eingetragenen der Seeschifffahrt dienenden Schiffe mit Ausnahme von Kriegsschiffen, Staats- und Behördenschiffen sowie einfachen Holzfahrzeugen. Die nationale Gesetzgebung kann Ausnahmen für Schiffe unter 200 Bruttoregistertonnen zulassen. Das Übereinkommen gilt nicht für die Fischerei. Es wird insoweit durch das am 21. Juni 1966 verabschiedete Übereinkommen Nr. 125 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Befähigungsnachweise der Fischer ergänzt.

Einer Ratifizierung des Übereinkommens stand in der Vergangenheit entgegen, daß nach der bisherigen Rechtslage strittig war, ob die darin vorgeschriebenen Strafen oder Dienststrafmaßnahmen im einschlägigen innerstaatlichen Recht der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen waren. Das nunmehr geltende innerstaatliche Recht gemäß dem Seemannsgesetz (SeemG) vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 713), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Oktober 1984 (BGBl. I S. 1277), der Schiffsbesetzungsverordnung (SchBesV) vom 4. April 1984 (BGBl. I S. 523), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Februar 1985 (BGBl. I S. 366), und der Verordnung über die Ausbildung und Befähigung von Kapitänen und Schiffsoffizieren des nautischen und technischen Schiffsdienstes (Schiffsoffizier-Ausbildungsverordnung – SchOffzAusbV) vom 11. Februar 1985 (BGBl. I S. 323) entspricht jetzt auch in dieser Hinsicht den Anforderungen des Übereinkommens. Es wird daher vorgeschlagen, dem Übereinkommen zuzustimmen.

II.

Artikel 1 regelt den Geltungsbereich des Übereinkommens. Das SeemG und die SchBesV gehen über diesen Geltungsbereich hinaus und fordern für alle Kauffahrteischiffe – einschließlich der Fischereifahrzeuge – ohne Größenbeschränkung den Besitz von Befähigungszeugnissen für Schiffsführer (Kapitäne) sowie für nautische und maschinentechnische Schiffsoffiziere.

Artikel 2 enthält Definitionen der Begriffe „Schiffsführer oder Schiffer“, „Wachoffizier des Deckdienstes“, „leitender Schiffssingenieur“ und „wachhabender Schiffssingenieur“.

Diese Begriffsbestimmungen entsprechen inhaltlich denen des § 3 in Verbindung mit Anlage 1 B Abschnitt I SchBesV sowie denen der §§ 3 und 5 SchOffzAusbV.

Artikel 3 macht die Ausübung des Dienstes als Schiffsführer, leitender Schiffssingenieur oder als wachhabender Schiffsoffizier des Deck- und Maschinendienstes vom Besitz eines von der zuständigen Behörde ausgestellten *Befähigungszeugnisses abhängig*.

Die §§ 2 und 4 Nr. 1 SeemG fordern für alle eine Tätigkeit als Kapitän oder Schiffsoffizier ausübenden Personen ein staatliches Befähigungszeugnis. Entsprechend diesen gesetzlichen Vorgaben wird die Besetzung von Kauffahrteischiffen, unter anderem mit Kapitänen und Schiffsoffizieren, durch die §§ 6 folgende SchBesV geregelt. Die Befähigungszeugnisse werden von staatlichen Stellen ausgestellt und machen nach den §§ 3 und 5 und nach § 20 in Verbindung mit Anlage 9 der SchOffzAusbV je nach dem Befähigungsgrad genaue Angaben über die damit verbundenen Befugnisse.

Artikel 4 macht die Ausstellung der Befähigungszeugnisse von der Erfüllung bestimmter, durch die nationale Gesetzgebung näher auszugestaltender Voraussetzungen in bezug auf das Mindestalter, die berufliche Erfahrung und das Prüfungswesen abhängig.

Das Mindestalter ist in § 9 SchOffzAusbV für die einzelnen Befähigungszeugnisse festgelegt. Die berufliche Erfahrung ist allgemein in § 7 SchOffzAusbV und in den §§ 10 bis 13 bzw. §§ 15 bis 17 SchOffzAusbV für die einzelnen Befähigungszeugnisse vorgeschrieben. Die von der zuständigen Behörde zu veranstaltenden und zu beaufsichtigenden Prüfungen über die notwendige Eignung sind in den §§ 18 und 19 SchOffzAusbV geregelt. Die SchOffzAusbV geht über die Anforderungen des Übereinkommens insoweit hinaus, als nicht nur Prüfungen, sondern auch eine nach Art und Dauer vorgeschriebene praktische Ausbildung und eine anschließende schulische Ausbildung an einer Fachschule bzw. ein Studium an einer Fachhochschule im nautischen und technischen Bereich verlangt werden.

Die in Artikel 4 Nr. 3 vorgesehene zeitlich begrenzte Übergangsfrist für die erleichterte Ausstellung von Befähigungszeugnissen ist für die Bundesrepublik Deutschland gegenstandslos.

Artikel 5 fordert eine wirksame Aufsicht und Möglichkeiten, ein Schiff, das die Bestimmungen des Übereinkommens nicht einhält, zurückzuhalten.

Die Überwachung der Bordausbildung von Besatzungsmitgliedern und damit auch der Schiffsoffiziere sowie die Abnahme der Berufseingangsprüfungen zum Erwerb der Befähigungszeugnisse sind Aufgaben des Bundes. Die Überwachung der Bordausbildung und damit die Einhaltung der Ausbildungsanforderungen an Bord hat der Bund der Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e. V. übertragen. Der Nachweis der fachlichen Eignung zum Erwerb der Befähigungszeugnisse zum Kapitän oder zum Schiffsoffizier wird durch eine Berufseingangsprüfung des Bundes geführt, auf die er durch Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern verzichten kann, soweit durch eine Abschlußprüfung an den Fachschulen bzw. Fachhochschulen der Länder die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten auf den in den Anlagen 5 bis 7 der SchOffzAusbV aufgeführten Gebieten für den Erwerb der jeweiligen Befähigungszeugnisse festgestellt und die übrigen für den Patent-erwerb erforderlichen Voraussetzungen erfüllt werden. Zur Überwachung der Einhaltung der Prüfungsanforderungen kann ein Vertreter des Bundes an den Schulabschlußprüfungen teilnehmen.

Die Einhaltung der Bestimmungen über die Besetzung von Handelsschiffen hinsichtlich der Qualifikation und der Anzahl von Kapitänen und Schiffsoffizieren überwacht die See-Berufsgenossenschaft, die sich hierbei in erster Linie der Vollzugshilfe der Wasserschutzpolizei der Länder bedient. Sofern ein Schiff nicht ordnungsgemäß besetzt ist, hat grundsätzlich die See-Berufsgenossenschaft das Auslaufen oder die Weiterfahrt zu verbieten oder nur unter Bedingungen oder Auflagen zu gestatten.

Artikel 6 fordert, daß die innerstaatliche Gesetzgebung Strafen oder Dienststrafmaßnahmen vorsieht, und zwar insbesondere gegen den Reeder oder seinen Vertreter oder gegen den Kapitän, wenn sie Personen ohne die für die jeweilige Funktion an Bord erforderlichen Befähigungszeugnisse beschäftigen, und gegen Personen, die eine Anstellung in betrügerischer Weise oder durch Gebrauch gefälschter Papiere erlangen, ohne im Besitz des entsprechenden Befähigungszeugnisses zu sein.

Artikel 6 Abs. 2 a und b entspricht nach einer Auslegung des Internationalen Arbeitsamts Artikel 3 Abs. 1, soweit es sich um den vorschriftswidrigen Einsatz zur Dienstausbildung handelt, und konkretisiert damit zugleich die generelle Forderung des Artikels 6 Abs. 1 nach Sanktionen („insbesondere“). Daraus ergibt sich, daß Artikel 6 Abs. 2 a und b darauf abzielt, das vorschriftswidrige Beset-

zen von Handelsschiffen, nicht jedoch darüber hinaus auch bereits das Anheuern unqualifizierter Seeleute durch innerstaatliche Sanktionsvorschriften zu erfassen.

Dementsprechend ist nach dem innerstaatlichen Recht das vorschriftswidrige Besetzen eines Handelsschiffes durch den Reeder oder den Kapitän gemäß § 123 a SeemG strafbar oder gemäß § 16 SchBesV ordnungswidrig. Der rechtsgeschäftlich bestellte Vertreter des Reeders wird durch § 14 StGB bzw. § 9 OWiG erfaßt.

Die Begehungsform des Erlangens einer Anstellung „in betrügerischer Weise“ nach Artikel 6 Abs. 2 c ist in § 263 StGB normiert. Danach begeht eine Person, die durch falsche Angaben eine Anstellung als Schiffsoffizier erhält, ohne hierfür das entsprechende Befähigungszeugnis zu besitzen, einen Anstellungsbetrug.

Die weitere Begehungsform des Erlangens einer Anstellung „durch Gebrauch gefälschter Papiere“ nach Artikel 6 Abs. 2 c ist in den §§ 267, 273 StGB geregelt, wonach strafbar ist, wer sich, um eine Anstellung zu bekommen, falscher oder gefälschter Papiere bedient.

Die Artikel 7 bis 14 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen über Inkrafttreten, Kündigung und Abänderung internationaler Übereinkommen.

26.02.88

Stellungnahme
des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen Nr. 53 der
Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Oktober 1936
über das Mindestmaß beruflicher Befähigung der Schiffs-
führer und Schiffsoffiziere auf Handelsschiffen

Der Bundesrat hat in seiner 586. Sitzung am 26. Februar 1988
gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen
den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.